

diesem Raum und von ihm ausgehend können sich von nun an Artikulationen verdichten und ausbreiten, die den Empörungsausbruch zu einem längerfristigen, potentiell gesellschaftsverändernden Protest machen könnten.

Dass dies gelingt, dass sich sogar verschiedene (reformistische, direktdemokratische und aktionistische) Diskursstränge herausbilden, zeugt davon, dass die Verwandlung der Plaça Catalunya in den verdichtenden Passagenpunkt eines neuen Diskursgefüges erfolgreich verläuft. Die Artikulationspraktiken drehen sich nicht mehr (nur) um die Hervorbringung ihrer ermöglichenden Infrastruktur, sie zielen zudem auf öffentliche Wirksamkeit. Die Aneignung eines konkreten Ortes und die Herausbildung einer Infrastruktur ist die materialisierte Seite der Empörung, die Herausbildung deutlicher Diskursstränge, die den Protest strukturieren, ihre diskursivierte. Beide Seiten, die materielle und die symbolische, lassen sich deshalb differenzieren, weil sie schwerpunktmäßig leicht zeitversetzt geschehen. Zuerst (»Bruchphase«) ist der Diskurs in den Protokollen vornehmlich auf seine materielle Selbstkonstitution zentriert, später (»Hochphase«) stabilisiert sich der Empörungsdiskurs, fächert sich auf und strebt nach Außenwirkung. Die junge Gegenhegemonie entsteht auf den Plätzen, bleibt aber dort nicht stehen.

3.3 Die Gewalt erdet die Empörung (27. Mai bis 3. Juni 2011)

Der Nimbus des zornigen Aufruhrs, der dem Begriff der *Indignación* (Empörung) inneohnt, manifestierte sich bislang vor allem auf symbolischer Ebene. Zwar zeugt die bisherige Analyse von einer hochpolitisierten Artikulationspraxis. Die populistisch gefärbte Elitenkritik, die (partielle oder absolute) Kritik der repräsentativen Demokratie, ja die gesamthafte Infragestellung der tradierten Ordnung erweisen sich als starke antagonistische Grenzziehungen. Allerdings trat in der Diskursanalyse von unten, die an die Praktiken heranführt, gegenüber dem Antagonismus ein anderes Moment in den Vordergrund: die *Selbstkonstitution der Kollektivität*. Wichtig war bisher vor allem, wie sich die Plaça Catalunya in einen verdichtenden Passagenpunkt verwandelt, der Artikulationspraktiken räumlich wie symbolisch stabilisiert und dann als Ausgangspunkt für neue, ausdifferenzierte Artikulationen fungiert. Auf dem Platz ermächtigen sich die Indignados kollektiv zu einem politischen Akteur. Auf diese Weise wird das theoretische Axiom stichhaltig, dass sich Kollektivitäten nicht nur durch konflikthafte Grenzziehungen, sondern desgleichen durch solidarisch geprägte Innenräume konstituieren (Kap. VI.3).

Die Empörung als ein kollektives Erwachen, das zwar Wut enthält, vor allem aber die Ambition nach der gemeinsamen Errichtung einer neuen Gemeinschaft – dieser Impetus bestimmt die ersten zehn Tage des Barcelona-Camps. Bis zum 27. Mai 2011. An dem Tag verändert sich die Dynamik des Zeltlagers grundsätzlich. Hundertschaften der Polizei treten in den frühen Morgenstunden in Aktion, um den Platz zeitweilig zu räumen und für Putzkolonnen Platz zu machen. Angeblich, so Kataloniens damaliger Innenminister Felip Puig, um sowohl die »öffentliche Gesundheit« zu wahren als auch »Gegenstände zu entfernen«, die bei der Feier der Fußballfans nach dem möglichen Triumph des FC. Barcelona in der Champions League am 28. Mai in der Innenstadt gefährlich werden könnten. Der Polizeieinsatz gerät außer Kontrolle. Im Laufe des Vormittages strömen tausende Menschen auf den Platz, um gegen den Räumungsversuch friedlich Widerstand zu leisten. Die überforderte Polizei reagiert mit einer allgemein als überzo-

gen eingeschätzten Gewaltausübung mit Knüppel und Gummikugeln.³⁷ Die öffentliche Entrüstung rührt vor allem daher, weil die staatliche Gewalt eine friedlich sich wehrende Menge trifft. So erzählt eine weinende Aktivistin im öffentlichen Fernsehen: »Ich bin 38 Jahre alt, habe studiert, bin keine Vollblutaktivistin. Ich habe gesehen, wie die Polizei, nein, die Autorität, befiehlt, auf diese Jungen und Mädchen loszugehen.« (rtve, 27.5.2011) Letztlich setzen sich aber die Indignados durch. Gegen 13 Uhr verlassen die Ordnungskräfte überstürzt den Platz, da sie dem Menschenandrang nicht Herr werden. Abends beteiligen sich mehr als 10.000 Menschen an der Versammlung des wiederhergestellten Protestcamps. Der 27. Mai 2011 wird somit für das Barcelona-Camp zum Wendepunkt. Ein gewaltgezeichneter Antagonismus zwischen den Indignados und der vorherrschenden Ordnung wird nun doch virulent.

Form der Protokolle Auf formaler Ebene ist bemerkenswert, dass trotz des Polizeieinsatzes vom 27. Mai 2011 und der Feier des Champions-League-Titels durch die FC. Barcelona-Fans in der Innenstadt am 28. Mai an diesen wie den folgenden Tagen überhaupt Protokolle entstehen. Die äußeren Ereignisse mögen die Protestierenden erschüttert haben, ihre Infrastruktur bleibt resilient. Obwohl in den Versammlungen meist der gewohnte Ablauf eingehalten wird (zuerst äußern sich die Kommissionen, dann die Einzelpersonen), wird gegenüber der »Hochphase« weniger strikt eine Tagesordnung definiert, die tagtäglich wiederholt wird. Vielmehr schlägt sich in den Protokollen eine *Ereigniszentriertheit* nieder. Sie drehen um die Themen, die durch das äußerliche Geschehen diktiert werden. Dies zeigt der Einstieg in das Protokoll vom 29. Mai 2011:

Es wird darüber informiert, dass eine Ärztin des *Hospital Clínic* [ein großes Krankenhaus von Barcelona] berichtet, dass sich die Person, die von den Mossos [die katalanische Regionalpolizei] angegriffen und äußerst schwer verletzt wurde, weiterhin in einem sehr kritischen Zustand befindet. Seitens der Versammlung wird den Familienangehörigen Hoffnung gegeben und dazu aufgerufen, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Es gilt, die Gewalt von Freitag [27.5.] und das unzulässige Schweigen der Medien diesbezüglich zu verurteilen. Rufe von »Puig dimissió! [Puig Rücktritt]«. (acampadabcn, 29.5.2011, H. i. O.)

Anstatt mit dem sonst üblichen Abriss der Tagesordnung einzusteigen, beginnt der Text mit dem Bericht über den ärztlichen Befund über den Zustand einer Person, die am Polizeieinsatz vom 27. Mai verletzt wurde. Ihr Zustand wird hier schon fast hyperbolisch dargestellt, indem die Feststellungen ihrer »schweren Verletzung« und ihr »weiterhin sehr kritischer Zustand« ineinandergereiht werden.³⁸ Weiterhin wird die Agency zunächst in der unpersönlichen dritten Person gehalten. Es wird aber dort in die erste Person Plural gewechselt, wo es um die persönliche Beziehung zu den Familienangehörigen

37 Noch sechs Jahre später wird der Räumungsversuch als »schwarzes Kapitel« der katalanischen Polizei erinnert. Diese habe damals »ihr schlechtestes Gesicht« gezeigt und »Gewalt vergeblich eingesetzt« (El País, 6.10.2017).

38 Es kam beim polizeilichen Räumungsversuch zu 127 verletzten Personen, darunter 37 Polizeikräfte. Nur in zwei Fällen kam es zu schwereren, freilich keineswegs lebensbedrohlichen Verletzungen (El País, 27.5.2011).

des verletzten Menschen geht (»mit uns in Verbindung setzen«). So wird die Empathie, geradezu das Vertrauensverhältnis vis-à-vis der Familienangehörigen unterstrichen. Im Gegensatz zur angeblich angriffslustigen und verletzenden Polizei stilisieren sich die Indignados als nahbares und mitfühlendes Kollektiv. Dass nach diesem Einstiegsparagrafen und vor dem Übergang zur Tagesordnung (den Bericht der Kommissionen) erst noch die Rufe »Puig Rücktritt!« protokolliert werden, erweist sich hierbei als symbolisch relevanter Akt. Für die Polizeigewalt lässt sich ein konkreter Verantwortlicher benennen, Kataloniens Innenminister Felip Puig. Dieser ungewöhnliche Einstieg in das Protokoll offenbart, wie die Protestpraktiken den Antagonismus versinnlichen: Er entzündet sich nicht mehr an der abstrakten Figur der »Eliten«, sondern an der konkreten Polizeigewalt, weiterhin verkörpert er sich in der Person des Innenministers.

Zur Form der Protokolle fällt weiterhin auf, dass sich hinter der vordergründig routinierten Mitschrift eine gewisse *Nachlässigkeit* ausbreitet. Die Protokolle verzichten (bis auf einen Fall) auf die jeweilige Übersetzung ins Spanische oder Katalanische und werden nur in einer der beiden Sprachen erstellt. Zudem ändert sich, anders als in der »Hochphase« des Camps, laufend die Formatierung, das Schriftbild und die inhaltliche Struktur der Dokumente. Mal wird ein Protokoll komplett durchnummeriert (ebd., 29.5.2011), mal entscheidet man sich für eine quasi wörtliche Wiedergabe der Versammlungsdebatte (ebd., 30.5.2011). In diesem Sinne wird weniger konsequent auf unpersönliche Formen geachtet und verstärkt die *Wir*-Form gebraucht, womit die Tendenz zur Professionalisierung erodiert. Zugleich werden die Protokolle tendenziell kürzer (vier bis fünf Seiten als Standardlänge). Bei der Lektüre entsteht der Eindruck, die Diskussion werde mal sehr ausführlich und dann wieder sehr verknappt wiedergegeben.

Diese Nachlässigkeit wird dadurch erklärbar, dass nach dem Polizeieinsatz die Debatte über den Abbruch des Camps auf der Plaça Catalunya brisant wird. Im Laufe der Diskussionen wird trotz oft gegenteiliger Beschlüsse, Positionen und Meinungen immer offensichtlicher, dass die Indignados den Platz räumen und neue Artikulationsformen – auf Quartiersebene oder in thematischen Arbeitsgruppen – werden finden müssen. Die Verwandlung des Platzes in *den* Passagenpunkt der Empörung in Barcelona nähert sich ihrem Ende. Und hiermit schwindet schrittweise das Engagement an den Aufgaben, die das Protestcamp mit sich bringt. Die eher undankbare Niederschrift von Protokollen dürfte dazugehören.

Diskurs und Organisation Nach dem Polizeieinsatz vom 27. Mai 2011 büßen die Debatten auf dem Platz erheblich die Pluralität ein, die sie zuvor besaßen. Die Artikulationspraxis ist weniger in verschiedene Diskursstränge – reformistisch, direktdemokratisch und aktivistisch – aufgefächert und stärker konflikthaft auf die bestehende Ordnung ausgerichtet. Die antagonistische Grenzziehung verliert ihre vormalige Abstraktheit, etwa als Kritik an den politischen und ökonomischen Eliten oder dem politischen System. Nun wird sie zur konkreten Auseinandersetzung mit der Ordnungsgewalt, vor allem mit Kataloniens Innenminister Puig, der die Räumung anordnete, und den katalanischen Polizeikräften, den *Mossos d'Esquadra*, welche die Räumung durchführten.

In diesem Sinne wird am Abend des 27. Mai den Medien eine Presseerklärung vorgelesen, die sowohl den Rücktritt des Innenministers als auch der »gesamten Führungs-

ebene« der Mossos fordert. Zudem wird der Einsatz von Gummikugeln seitens der Polizei sowie das Nichttragen von Identifikationsplaketten kritisiert. Interessanter als die Erklärung als solche ist, wie in der Versammlung in den Tagen nach dem Räumungsversuch immer wieder der Rücktritt von Innenminister Puig gefordert wird, *ohne* dass dies als Tagesordnungspunkt markiert würde. So muss am 27. Mai die Debatte unterbrochen werden, weil die *Cacerolada* (Protest-Topfklopfen) gegen Puig und die Polizei alles andere übertönt. Tags drauf beginnt das Protokoll unvermittelt mit dem Satz: »Kurz vor Versammlungsbeginn wird der Rücktritt des Innenministers Puig gefordert. Grund dafür ist der Räumungsbefehl, den er den Sicherheitskräften unter seinem Befehl am Freitag [27.5.2011] gegeben hat.« (acampadabcn, 28.5.2011) Auch an späteren Tagen wird immer wieder der Rücktritt des Innenministers gefordert, oft »Puig ins Gefängnis!« skandiert. Mal geschieht die Kritik am Minister spontan in freien Redebeiträgen, mal werden Manifeste von anderen Empörtenversammlungen Kataloniens, aber auch des restlichen Spaniens zitiert, die Puigs Rücktritt einfordern. Dies geht sogar in eines der drei Mottos für die geplante Großdemonstration am 19. Juni 2011 ein. »Felip Puig Rücktritt« soll es dort neben »Die Straße gehört uns, wir zahlen nicht eure Krise« und »Gegen die Kürzungen« heißen (ebd., 30.5. und 1.6.2011). Auf diese Weise wird die Kritik am Innenminister mit den abstrakteren Forderungen nach dem Ende der Krise und der Austeritätspolitik gleichgesetzt.

Die Äquivalentsetzung von Puigs Rücktritt mit der Kritik an der Austeritätspolitik schlägt sich in einer *Moralisierung* des Antagonismus nieder. Puig und die Polizei einerseits und die Empörten andererseits erscheinen als *Gegensatzpaare*. Während Puig und die Mossos »gewalttätig« sind, bleiben die Indignados »friedlich« und »mitfühlend«. Letzteres äußert sich in der Solidaritätsbekundung mit beim Einsatz verletzten Personen (s.o.), besonders indes in der zunehmenden Sorge um das Wohlbefinden der Teilnehmerinnen. Ab dem 27. Mai 2011 erhöhen sich die Plädoyers, den »Stresspegel« zu reduzieren und achtsam dafür zu sein, sich nicht zu überlasten. So rät am 29. Mai die Gesundheitskommission dazu, die Verantwortlichkeiten in den Kommissionen zu rotieren, Schlaf- und Essenszeiten zu respektieren und sich genügend zu entspannen. Therapeutinnen und Psychologen, die in dem Camp ausgeholfen haben, werden ausdrücklich gewürdigt. Die Redebeiträge bitten immer wieder darum, sich gegenseitig zu unterstützen: »Es wird um eine kollektive Umarmung gebeten. Die Liebe ist die Kraft, die uns zusammenhält.« (Ebd., 30.5.2011) Die Losung ist: Wo Puig und die Polizei Gewalt walten lassen, setzen wir auf Gewaltlosigkeit, Mitgefühl und Achtsamkeit. Konzeptuell gefasst, wird eine Grenze gezogen zwischen einem bedrohlichen Außen und einem friedlichen und solidarischen *Innenraum*, der sich nicht durch die Gewalt von außen kontaminieren lässt.

Der Konflikt zwischen Innenminister und Indignados ist ein *Konflikt um den Raum*. Puig und die Mossos stehen dem Protestcamp als Eindringlinge gegenüber. Die Indignados reklamieren ihrerseits für sich einen Raum, den ihnen die tradierte Ordnung nicht zuerkennt. Diese räumliche Grenzziehung tritt mitunter durch Ironisierungen hervor: »Die Polizei ist von Kürzungen betroffen. Wir können sie unterstützen, indem wir sie mit Wischmopps und Besen ausstatten, um den Platz sauberzumachen.« (Ebd.) Diese Ironie raubt der Ordnungsgewalt rhetorisch ihre Gefährlichkeit. Die Instanz, welche die Protestierenden tags zuvor einschüchterte und verletzte, wird verharmlost, fast schon als

hilfsbedürftig dargestellt – die Polizistinnen erscheinen als Opfer der allgemeinen Austeritätspolitik. Sie könnten, so der Tenor, die Seite wechseln, sich am Protestcamp beteiligen. Anders als im Falle des Innenministers ist *stricto sensu* nicht die Polizei als Kollektiv der Antagonist des Protestcamps, sondern deren gewalttätiges Verhalten.³⁹

Der Antagonismus zwischen den Indignados und Innenminister Puig sowie der ihm unterstehenden Polizei lässt sich mithilfe der folgenden Tabelle auf zwei Konfliktlinien zuspitzen.

Tab. 3: Der gewaltgeprägte Antagonismus auf der Plaça Catalunya (27.5.2011 und Folgetage)

	Puig und Polizeigewalt		Indignados
<i>Räumliche Grenzziehungen</i>	Verdrängung von der Plaça Catalunya	↔	Aneignung der Plaça Catalunya
<i>Subjektivierende Grenzziehungen</i>	Entmachtung	↔	Ermächtigung

Zunächst zur räumlichen Grenzziehung: Die Plaça Catalunya ist zum Zentrum der Empörtenproteste in Barcelona avanciert. Jeder Angriff auf ihren Passagenpunkt stellt auch die Bewegung selbst in Frage. Anders als gegenüber einer noch so rabiaten diskursiven Kritik in einer Rede oder einer Pressekonferenz erscheint der (zunächst) stumme Räumungsversuch als ein absoluter Angriff, der das in Barcelona entstehende Diskursgefüge zu desartikulieren trachtet. So wird die Polizeiaktion als empirische Bestätigung der Ungleichheit zwischen den unterdrückenden Eliten und dem unterdrückten Volk gedeutet. Die Frage von Verdrängung oder Aneignung des Platzes ist damit *keine* nur räumliche im eng geographischen Sinne. Vielmehr offenbart sie, dass der Konflikt zwischen den Empörten einerseits und Puig und Polizei andererseits grundsätzlicher Natur ist. Die Protestler nehmen ihre Verdrängung vom Platz als einen existentiellen Kampf wahr. Wird ihnen ihr gerade angeeigneter Raum entrissen, dann ist alles verloren. Die Gegenhegemonie wäre erstickt, bevor sie sich entfalten kann. Doch das Raisonement geht auch in die andere Richtung: Wird der Räumungsversuch, wie es ja tatsächlich geschieht, abgewehrt, dann wird dies als *reale* Ermächtigungsgeste gegenüber den Eliten und als *reale* Emanzipation gegenüber einer ungerechten Ordnung gelesen. Diese Verwobenheit der räumlichen Aneignung mit dem Konflikt gegenüber dem Ist-Zustand hält ein Beitrag fest: »Die Macht, die wir besitzen, ist auf dem Platz. Weder in den Vierteln noch an den Arbeitsplätzen sind wir schon stark genug. Wir können diesen Platz nicht verlassen, bis Felip Puig nicht zurücktritt. ›Puig Rücktritt!‹, wird gerufen.« (Ebd., 27.5.2011)

Der Beitrag verbindet die Frage nach der räumlichen Aneignung mit der nach kollektiver Ermächtigung. Die Indignados sehen ihre Macht mehr als irgendwo sonst auf dem Platz gebündelt, sie glauben sich dort so stark, den Rücktritt des Innenministers

39 Diese Kritik an der polizeilichen Praxis unterscheidet die Indignados gegenüber der totalen Ablehnung der Institution »Polizei«, wie sie traditionell die Hausbesetzerbewegung Barcelonas ausübt (vgl. Debelle et al. 2018).

Puig forcieren zu können. Dies führt zur *subjektivierenden* Facette der Grenzziehung. Die Abgrenzung zum Innenminister beschleunigt den Konstitutionsprozess der Indignados zum eigenständigen Akteur. Aber es ist ein Akteur, der die Grenzziehung *nach außen* an die Kohäsion *nach innen* koppelt. Die Ermächtigung der Protestierenden geschieht durch die vielfältigen Praktiken des Protestcamps. Ihre politische Handlungsfähigkeit beweist sich, indem man sich an Versammlungen beteiligt, die Infrastruktur instand hält, sich in Kommissionen beteiligt, für den Account des Platzes twittert usw. Die Subjektivierungsprozesse in dem Camp sind kleinteilige Praktiken,⁴⁰ sie drehen sich um kollektive Deliberationen und Entscheidungsfindungen in Versammlungen. Die im Alltag so gut wie inexistenten Erfahrungen, gemeinsam mit anderen politisch zu handeln, mit ihnen gemeinsam Demokratie zu praktizieren, avanciert zu *dem* Auszeichnungsmerkmal jener Kollektivität, die sich auf dem Barcelona-Camp – genauer: in allen spanischen Empörungscamps – konstituiert. Die Subjektivierung zum ermächtigten *popular subject* ist kein bloßer Appell, sondern eine kollektive Praxis, die in den Camps alltäglich eingeübt wird.

Auf diese Weise wird die Plaça Catalunya zu einem »neuen Parlament« stilisiert (ebd., 27.5.2011). Auf dem Platz bildet sich im Selbstverständnis der Indignados eine neue Souveränität heraus, die versammelt Entscheidungen ausarbeitet und fällt – und die alten Mächte delegitimiert. Denn die direktdemokratische Praxis auf dem Platz steht nicht für sich, sie hat klare Gegenspieler, es sind Innenminister Puig im engen und die tradierte Ordnung im weiten Sinne. Es zeichnet sich eine unauflösbare Trias ab: Erstens wird der Platz zum neuen politischen Raum, damit werden zweitens die Indignados zum ermächtigten Volkssubjekt, drittens verkörpern der Innenminister Puig und die Polizeipraxis die stetige Unterdrückung, die von der etablierten Ordnung gegenüber diesem neuen Raum und dem neuen politischen Subjekt ausgeht. Und gerade durch diese Verkörperung, von der nicht nur eine virtuelle, sondern eine ganz reale Gefahr – die Räumung – ausgeht, wird der Antagonist zur mächtigen Abgrenzungsfolie. Gegen sie stabilisiert sich die neue Kollektivität und es wird vor Ort eine andere, radikaldemokratische Praxis exerziert.

Die Plaça Catalunya als souveräne Versammlung Im Diskursgefüge, das sich auch auf der Plaça Catalunya herausbildet, gilt, dass der Platz nicht einfach mehr ein Platz in der Stadt ist. Vielmehr hat er eine *Neubeschreibung* erfahren. Der Platz ist zum Raum eines neuen Souveräns geworden. In Barcelona ist für den Empörungsdiskurs das Camp auf der Plaça Catalunya zu dem Passagenpunkt avanciert, in dem sich eine endlich verwirklichte Demokratie materialisiert. »Die einzig reale Partizipationsmacht ist die Versammlung, wo sich jede Person selbst repräsentiert. Wir laden alle, die sich äußern möchten, auf die Plaça Catalunya ein«, heißt es in einem Beschluss der Hauptversammlung am 27. Mai 2011. Im Zitat fällt auf, dass die Versammlung mit dem Ausdruck »reale Beteiligungsmacht« beschrieben wird. Zum einen wird das Adjektiv »real« gebraucht, um einen Gegensatz zur angeblich »irrealen« politischen Macht außerhalb des Platzes zu schaffen. Zum anderen legt der Begriff der »Partizipationsmacht« (*poder participatiu*) den Fokus auf die Input-Seite des politischen Entscheidungsprozesses; er unterstreicht, dass die inklusiven,

40 Dies wird ein erweiterter Artikulationsbegriff noch präziser konzeptualisieren (siehe: Kap. IV.4).

symmetrischen und gleichberechtigten Deliberationspraktiken und Entscheidungsprozesse entscheidend sind. Jede Form der Repräsentation wird abgelehnt, jeder und jede vertritt nur sich selbst, die demokratische Praxis ist konstitutiv persönlich, verkörpert und versinnlicht.

An dieser Stelle kommt es nicht auf die demokratiethoretische Fassung brisanter Begriffe wie Partizipation, Repräsentation oder Souveränität an. Vielmehr ist die empirische Beobachtung zentral, dass sich nach dem Polizeieinsatz die Subjektivierung der Indignados zum souveränen Volkssubjekt maßgeblich mit dem Diskursstrang der *direkten Demokratie* verknüpft. Wo sich in der Hochphase des Camps deutlich eine reformistische Strömung artikuliert, tritt diese jetzt zusehends in den Hintergrund. In den hier analysierten Protokollen vom 27. Mai bis zum 2. Juni 2011 plädiert nur ein einziger Beitrag für eine Einschreibung des Protests in das politische System: »Ich bin Unternehmer, habe die Arbeit niedergelegt und bin hierhergekommen. Diese Linke, die wir haben, schläft. Wir brauchen eine neue Politik, um solch einen großen Wandel vollziehen zu können.« (acampadabcn, 29.5.2011) Jedoch interveniert der neue politische Akteur, die sich auf den Plätzen artikuliert, anders als es im Zitat anklingt, (noch) nicht in der politischen Sphäre, sondern grenzt sich dezidiert von dieser ab.⁴¹ Der direktdemokratische Diskursstrang setzt sich gegenüber dem reformistischen durch. Dabei wird weniger explizit als vielmehr implizit ein *pueblo* (Volk) ins Zentrum gerückt, das sich auf dem Platz artikulieren müsse. Wenn dieses Volkssubjekt aber expliziert wird, dann aber als empathischer Appell: »Die Einheit des Volkes macht die Kraft. Wir wollen nicht die Kraft verlieren, bis die von oben uns nicht zuhören.« (Ebd., 30.5.2011) Das vereinte Volk erscheint hier mehr als Wunsch denn als Wirklichkeit, es bildet sich im Konflikt mit der Feindfigur der Eliten (die »von oben«) heraus.

Die diskursive Konstitution eines Volkssubjekts geschieht auf dem Barcelona-Camp indirekt. Nachzeichnen lässt sich dies, indem die Beiträge der Gruppen und Kollektive rekonstruiert werden, die sich dem Empörtencamp annähern. Die rhetorische Radikalität, mit der sich aktionistische und direktdemokratische Diskursstränge artikulieren, könnte vermuten lassen, dass sich nur entsprechend radikalisierte Bewegungen auf die Plaça Catalunya begeben, um sich mit den Empörten zu solidarisieren oder sich mit ihnen zu vernetzen. Doch es ist *nicht* so, dass nur Bewegungen auf den Platz kommen, die militant für eine direkte Demokratie eintreten und jede Form der Repräsentation sowie das kapitalistische Wirtschaftssystem radikal ablehnen.⁴² Unterschiedlichste Gruppen mit verschiedensten Profilen, bei denen aber stets die Signifikanten von Volk und Demokratie stets eine Schlüsselrolle spielen, kommen auf den Platz.

Exemplarisch zeigt sich dies in der Sitzung vom 30. Mai 2011. Vier verschiedene Kollektive nehmen an der Hauptversammlung als Gäste teil: die indigenen Mínga-Räte aus Kolumbien, der Verein der Roma Barcelona, die Acampada Sol (das Protestcamp auf der

41 In der Tat wird der Begriff *nueva política* (neue Politik) ab 2015 mit der Entstehung der linkspopulistischen Partei Podemos, linksalternativer Wählerplattformen sowie der rechtsliberalen Kraft Ciudadanos zusehends populär, um Spaniens veränderte Politik zu beschreiben (vgl. Benavente 2017, programmatisch bereits: Subirats 2011).

42 Zur Unterscheidung des Begriffes Radikalismus von dem des Extremismus: Böttcher 2017: 332–341.

Puerta del Sol in Madrid) und der Zusammenschluss der Nachbarschaftsvereine von Barcelona (FAVB). Zunächst sei auf den Minga-Verein der Indigenen Räte von Kolumbien eingegangen, bevor dann schrittweise die anderen vorgestellt werden:

Viele Widerstandsgrüße aus Kolumbien. Wir sind eine dauerhafte gemeinschaftliche Versammlung, die nicht zulässt, dass sie jemand anführt. Wir schicken allen basisdemokratischen Bürgern [*ciudadans assemblearis*] Grüsse und betrachten sie als Brüder. Der Minga-Verein erkennt nicht das kolumbianische Parlament an und hat seit einem Jahr den Kongress der Völker gegründet, der beginnt, sich von der Basis her zu organisieren. (Ebd.)

Die Vertretung der Minga-Räte zieht eine Äquivalenz zwischen deren basisdemokratischen und anti-etatistischen Organisationsformen in Kolumbien und dem Protest der Indignados auf Plaça Catalunya, die mit einer starken Solidaritätsgeste als »Brüder« bezeichnet werden. Dass seitens der Minga die Souveränität des kolumbianischen Parlaments in Frage gestellt wird, stellt Parallelen her zum Anspruch des Empörtencamps auf Souveränität und seiner Kritik an den politischen Repräsentationsverhältnissen. In Kolumbien wie in Spanien entsteht, so die indigenen Minga-Räte, eine neue, direktdemokratische Praxis und breitet sich aus.

Der Verein der Roma von Barcelona sowie die Vertretung der *Acampada Sol* zeigen sich mit dem Barcelona-Camp in ähnlicher Weise solidarisch:

Verein der Roma

Seitens des Kollektivs Ververipen teilen sie uns ihre Unterstützung und ihre Forderung mit: auch sie sind Bürger und von der Behandlung empört, die ihr Volk sehr lange erlitten hat. Deshalb schicken sie uns ihren Zuspruch und die Unterstützung ihres Volkes. Viel Glück, Gruß und Freiheit.

Acampada Sol

Es war beeindruckend, in Madrid anzukommen und zu hören »Barcelona, Du bist nicht allein«. Von Madrid aus möchten sie uns mitteilen: »Das System möchte Unterschiede setzen. Das Volk jedoch ist vereint.« (Ebd.)

Der Verein der Roma setzt mit dem Partikel »auch« die eigene Benachteiligung mit jener der Empörten gleich (»auch sie sind Bürger und mit der Behandlung empört [...]«). Die von den Indignados denunzierte Ungleichheit wird dadurch als *strukturelle* markiert, die Kritik an diesen Verhältnissen wird legitimiert. Die Roma, ein in Spanien seit jeher benachteiligtes Kollektiv, zertifiziert auf diese Weise zugleich die Prekarität und das Mobilisierungspotential der Protestierenden. Die Gleichsetzung, die seitens des Empörtencamps in Madrid erfolgt, bezieht sich seinerseits auf den punktuellen Gewalteininsatz der Polizei auf der Plaça Catalunya am 27. Mai 2011. Mittels der Aussage »Barcelona, Du bist nicht allein«, welche die Stadt Barcelona personifiziert, erscheinen die Empörtencamps von Barcelona und Madrid als zwei äquivalente Glieder *einer* umfassenden Bewegung. Beide Kollektive stellen sich dem »System« entgegen und trotzen seiner differenzierenden Wirkung (»das System setzt die Unterschiede«). Dabei erscheint das »vereinte Volk« weniger als Soll-Anspruch denn vielmehr als ein schon erreichter Ist-Zustand. Das Volk

besteht bereits, auf den Plätzen »ist« es schon »vereint«. Die geltende Ordnung wird bereits durch ein neues *popular subject* in Frage gestellt.

Schließlich tritt auf der Versammlung auch der Zusammenschluss der Nachbarschaftsvereine Barcelonas (FAVB) auf. Gegenüber den Solidaritätsbekundungen der vorherigen Kollektive nimmt die FAVB gegenüber den Empörten eine fast schon paternalistische Haltung ein. Sie behauptet, das Barcelona-Camp »stets unterstützt« zu haben (obschon dieses erst seit zwei Wochen besteht) und »gemeinsam mit der Anwaltskammer« gegen den gewaltsamen Räumungsversuch der Polizei Anzeige zu erstatten. Die traditionsreiche FAVB stellt indessen die Indignados nicht nur unter ihre Obhut, sie bezieht sich auch aktiv auf ihre Forderungen:

Wir werden ein Manifest verfassen, in dem nicht nur der Rücktritt von Felip Puig, sondern auch von Artur Mas [Kataloniens Ministerpräsident] gefordert wird, sowie das Verbot von Gummigeschossen und den Identifikationszwang der Bereitschaftspolizei. (Ebd.)

Die Positionierung der FAVB legt dar, dass der Empörungsdiskurs bereits eine gehörige Resonanz in der Gesellschaft entfaltet. Eine derart breite Kritik an der katalanischen Regionalregierung und an der Polizei wäre seitens des eher gemäßigten Zusammenschlusses von Nachbarschaftsvereinen vor dem Ausbruch der Empörung im Mai 2011 so gut wie undenkbar gewesen. Nun aber schreibt die FAVB die Forderungen der Indignados fort, wie diese delegitimiert sie die geltende Ordnung. In ähnlicher Weise passiert diese Mischung aus Solidaritätsbekundung gegenüber den Indignados und der Reartikulation von Forderungen bei vielen anderen Gruppen des In- und Auslands, die sich auf der Plaça Catalunya zu Wort melden.⁴³

Was aber vereint diese vielfältigen Unterstützungsbekundungen, die sich an die Indignados richten? Es ist weniger das, auf was sie sich alle positiv beziehen, sondern das, von was sie sich konflikthaft absetzen. Ob die übermächtigen Parlamente (indigene Minga-Räte Kolumbiens), die unsichtbaren, aber mächtigen Verursacher und Profiteure von Benachteiligungsstrukturen (Roma-Vertretung), das zersetzende »System« (Madrid-Camp) oder Kataloniens Regionalregierung und dessen Ordnungskräfte (FAVB) – stets grenzen sich die Kollektive von mächtigen Feinden ab, gegenüber denen sie als *Underdog* antreten. Das übergeordnete Muster ist stets dasselbe: Die Kollektive stehen unten, ihre Kontrahenten oben. Diese *Unten-oben-Achse* bleibt zwar inhaltlich eher vage, sie wird aber im Kern als ein radikaldemokratischer Konflikt inszeniert, bei dem die Underdogs auf der Seite einer realen Demokratie stehen, die Eliten hingegen auf jener der Oligarchie. Der radikaldemokratisch besetzte Unten-oben-Konflikt erweist sich als der zentrale Konflikt, der vom Empörtencamp auf der Plaça Catalunya ausgeht und den dann andere Kollektive reartikulieren und mit ihren eigenen Positionen verbinden.

Zu betonen ist, dass der Unten-oben-Konflikt nicht nur diagnostiziert wird, sondern stets als ein voluntaristischer Appell gebraucht wird, um die Verhältnisse umzudre-

43 Darunter befinden sich Berufsgruppen, die sich im Streik befinden – etwa die Gärtner der Stadtbetriebe – besonders aber von Empörtencamps, die in Spanien und darüber hinaus geschehen: so aus Valencia und Frankreich (29.5.2011), Marokko (30.5.), Deutschland und Andalusien (1.6.), Italien (2.6.) oder Mallorca und Polen (3.6.).

hen, sie im wahrsten Sinne auf den Kopf zu stellen. Mit dieser vertikalen Konfliktachse schwingt stets – mal expliziter, mal impliziter – ein Impetus der *Ermächtigung* mit, der die bestehenden Ungleichheiten zu überwinden trachtet. Das eindrücklichste Beispiel dafür findet sich im Protokoll vom 28. Mai 2011. Dort spricht ein Repräsentant der Kommission der körperlich Behinderten:

Der Repräsentant spricht: »Wir lassen uns nicht durch die gestrigen Geschehnisse besiegen, die Räumung durch die Polizei. Der Kampf findet gegen diese Gesellschaft von Arschlöchern statt. Unser Kampf besteht darin, eine neue Gesellschaft zu schaffen, in die alle hineinpassen, sogar ich.« Sehr viel Applaus braust auf. Die Versammlung steht auf. »Ich möchte allen sagen: Kraft für alle. Lasst uns weiterkämpfen.« Sehr viel Applaus, die Versammlung steht auf, die Menschen weinen gerührt. (Ebd., 28.5.2011)

Die Emotionalität, mit der das Publikum auf den Beitrag des Redners reagiert, ist bezeichnend: der Applaus, das Aufstehen, die Tränen am Ende. Diese Reaktionen ruft die Rede hervor, indem zunächst eine Hoffnung auf Veränderung beschworen wird. Es sei gegenüber der alten Ordnung eine neue zu schaffen, »in die alle hineinpassen«. Auf der einen Seite steht die moralisch depravierte Gesellschaft (»von Arschlöchern«) und der von Gewalt geprägte Ist-Zustand. Auf der anderen Seite steht eine neue Ordnung, die ihre Mitglieder inklusiv, symmetrisch und sensibel integriert. Dieser Appell gewinnt sein Pathos durch die Eigenschaften des sprechenden Subjekts. Der Sprecher verschweigt seine Behinderung nicht, sondern fädelt sie in seine Gesellschaftsvision ein (»sogar ich«). Ausgehend von einer extremen *Verletzlichkeit* lässt sich, so der Appell, eine grundsätzliche Ermächtigung erreichen. Aber die normative Vision, die dem Sprecher – und seinem Publikum – vorschwebt, entsteht nicht von selbst, sondern erst durch »zähen Kampf«, also eine politische Artikulationspraxis. Dass die Zuhörerschaft derart affektivgeladen reagiert, erklärt sich dadurch, dass sie im gehandicapten Sprecher eine Allegorie für das Barcelona-Camp als Ganzes erblicken. Das Lager ist, wie der Räumungsversuch zeigt, verletzlich, doch es ermächtigt sich durch seine basisdemokratische Praxis, womit das neue Kollektiv die verletzenden Verhältnisse umwirft und sich als ein neuer Souverän gebärdet.

Ein Ende mit Zweifel Auf dem Barcelona-Camp herrscht nach der Polizeiaktion nicht nur ein hehres Ermächtigungspathos vor. Zusehends macht sich auch Verunsicherung breit. In den Versammlungen setzt sich die Meinung durch, dass die Besetzung der Plaça Catalunya nicht von Dauer sein könne. Zugespitzt gesagt, äußert sich der Antagonismus der Empörten gegenüber Puig und der Polizei nicht nur als Aneignung und Ermächtigung, er äußert sich auch auf der Innenseite des neuen Empörungsdiskurses als Angst vor Entmachtung und räumlicher Verdrängung. Letztere tritt zwischen Ende Mai und Anfang Juni 2011 sehr deutlich zutage. Am 29. Mai, nach dem Polizeieinsatz und der Feier der Barça-Fans, debattiert die Versammlung erstmals darüber, wann das Zeltlager abzubauen und der Platz zu räumen sei – ob schon Anfang Juni (1./2.6.2011) oder erst eine Woche später. Die Diskussion verläuft virulent, es gibt dazu ganze 34 Meinungen. Interessant ist, dass sich vordergründig die allermeisten Beiträge davor sperren, die Pla-

ça Catalunya in unmittelbarer Zukunft zu verlassen.⁴⁴ Gleichwohl mehren sich ebenfalls die Stimmen, die eine zusehende »Übermüdung« und »Erschöpfung« feststellen. Auch Mittelwege wie nur punktuelle Versammlungen auf dem Platz ohne ein festes Zeltlager werden erwogen.

In den Folgetagen spitzt sich die Diskussion über den Verbleib auf dem Platz zu. Am 30. Mai melden sich dazu neben den Einzelpersonen die Kommissionen zu Wort. Hier findet eine grundsätzliche Diskursverschiebung statt. Wurde zuvor noch kein festes Räumungsdatum angepeilt, sondern nur generell darüber debattiert, so wird nun ein festes Datum festgelegt, bis zu dem man auf der Plaça Catalunya bleiben solle. »Wir sollten bis zum nächsten Wochenende bleiben und bis dahin einen neuen Standort finden«, »Wir müssen mit dem Camp mindestens noch diese Woche weitermachen«, »Lasst uns bis Sonntag bleiben, um uns besser zu organisieren und klare Themenstränge festzulegen, die wir der Bürgerschaft vorstellen könnten«, so lauten einige der Positionierungen der Kommissionen (ebd., 30.5.2011). Die Festlegung eines klar abgegrenzten Zeithorizontes von einer Woche, bis zu dem der Platz zu räumen sei, ist deshalb bemerkenswert, weil diese Terminierung sehr rasch geschieht. Zuvor war niemals explizit die Rede über ein festes Räumungsdatum.⁴⁵ Bis zum 30. Mai wird die freiwillige Räumung des Platzes nicht offen in der Versammlung thematisiert. Und dann wird plötzlich entschieden, dass binnen einer Woche das Zeltlager auf der Plaça Catalunya zu räumen sei – mit all den Unsicherheiten, die dies für die junge Protestbewegung mit sich bringen wird.

Trotz der Widerstands- und Ermächtigungsrhetorik, die nach dem Polizeieinsatz entfaltet wird, nimmt nach der gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften die kritische Selbstbefragung in der Versammlung stark zu. Der Voluntarismus, der in der Hochphase des Camps vor allem vom aktionistischen Diskursstrang ausging, ist zwar noch da. Doch er wird jetzt konterkariert durch einen neuen Diskursstrang, der sich als *Selbstkritik* bezeichnen lässt. Er dreht sich um die selbstzentrierte Aufarbeitung der unangenehmen, problematischen oder verbesserungswürdigen Dynamiken des Camps. Zuweilen werden dabei Vorschläge formuliert, um diese Situation zu verbessern. Im Zentrum aber steht, bestehende Dysfunktionalitäten festzustellen und Kritik an fragwürdigen Entwicklungen zu üben. Das geschah vor dem Räumungsversuch so gut wie überhaupt nicht, wird aber dafür jetzt umso offensiver artikuliert.

Der Diskursstrang der Selbstkritik lässt sich besonders klar an den Positionen der Kommissionen ablesen. So empfiehlt die Gesundheitskommission am 29. Mai 2011 (ebd.) angesichts des »Stresspegels«, die Sprecherinnen der Kommissionen rotieren zu lassen, Schlafzeiten zu respektieren und auf genügend Ernährung und Freizeit zu achten. Die Warnungen der Gesundheitskommission nehmen in den Folgetagen weiter zu. Am 30. Mai empfiehlt sie, auf ausreichend Hygiene bei der Essensausgabe und Ernährung zu

44 »Dieser Platz gehört uns, wir werden ihn nicht verlieren«, »Die Kraft darf nicht dezentralisiert werden«, »Vor allem anderen müssen wir hierbleiben: Dieser Platz ist eine Flamme, die wir angezündet haben. Zudem ist sie ein Symbol – für uns, aber auch für die anderen Völker Spaniens« (acampadabcn, 1.6.2011), so einige der Plädoyers.

45 Dies liegt auch an den heuristischen Grenzen einer Diskursanalyse, selbst einer von unten ansetzenden. Dass in dem Camp bereits zuvor in informellen Zusammenhängen die Räumung angesprochen wurde, lässt sich nicht ausschließen, sondern sogar vermuten. Eine Ethnographie fokussiert diese impliziten Praktiken schärfer (Kap. IV).

achten. Dafür erstellt sie eine Liste dringender Empfehlungen: »Keine Eier oder Tunfisch essen, auch wenn sie verpackt sind. Alkohol, um sich die Hände zu desinfizieren. [...] Kommt zu uns, wenn Ihr irgendein Symptom habt. So können wir größere Probleme vermeiden.« Am 2. Juni warnt dieselbe Kommission noch eindringlicher:

Sie [die Mitglieder der Gesundheitskommission] beklagen den Stress und die fehlende Erholung der Teilnehmer. Vor allem kritisieren sie die Belästigungen im Zusammenleben seitens externer Personen, die nicht wissen, für was sie herkommen. Sie raten dazu, über das Ende des Camps nachzudenken – allerdings nicht der Aktion an sich. (Ebd., 2.6.2011)

In wenigen Tagen spitzen sich also die Warnungen der Gesundheitskommission gehörig zu. Sie beginnen mit der Warnung, den »Stresspegel« zu senken (ebd., 30.5.2022) und enden mit der Empfehlung, »über das Ende des Camps nachzudenken« (ebd., 2.6.2011). Diese Warnungen reagieren einerseits auf eine Verrohung der Umgangsformen und eine faktische Verschlechterung der Hygieneverhältnisse, die auch die Teilnehmerinnen selbst beklagen.⁴⁶ Andererseits schaffen derartige Warnungen performativ jene Wirklichkeit, die sie angeblich bloß beschreiben. Parallel zur Gesundheitskommission zeigen sich etliche andere Kommissionen über die Dynamiken auf dem Platz besorgt. Von der Kommission »Zusammenleben« über »Selbstorganisation« oder »empörte Feministinnen« hin zu »Ökonomie« wird darauf hingewiesen, dass das Gesamtgefüge des Camps erodiere, sei es über die Verschlechterung der Umgangsformen in der Versammlung, sexuelle Belästigungen, Diebstähle oder eine stark gesunkene Spendenbereitschaft.

Der Selbstkritik-Strang erlebt seinen Höhepunkt in der Versammlung vom 2. Juni 2011. Dieses Treffen ist insofern beachtenswert, als es vor allem um die Situation des Empörtencamps selbst geht. Bereits der Einstiegstext erinnert eindringlich daran, dass eine nichtsexistische Sprache einzuhalten sei und verschiedene Personen die Dynamisierung der Debatte übernehmen würden. Dann äußern sechs von insgesamt elf Kommissionen ihre Kritik am Zustand des Zeltlagers und an dessen Dynamiken. Besonders schwer wiegt, dass an jenem Tag erstmals in einer Versammlung die Kategorie der Empörung *gegen* die Empörten selbst gewendet wird. Und zwar seitens einer Aktivistin, die sich für das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens einsetzt:

Die Aktivistin meint: »Für mich ist wesentlich, dass die Freiheit der Völker frei entschieden werden kann. Wir verlangen die Freiheit der Sahara und die Freiheit für mein Volk.« Die Repräsentantin ist unzufrieden und empört, dass auf dem Platz das Recht auf Selbstbestimmung in Bezug auf die Unabhängigkeit Kataloniens weder anerkannt noch verlangt werde. Sie droht damit, zu gehen, wenn darüber nicht entschieden werde. (Ebd.)

Am Zitat fällt zunächst der grammatikalische Sprung von der Ich- zur Sie-Form auf. Dies mag auf eine ungenaue Protokollführung zurückzuführen sein, dürfte aber auch widerspiegeln, dass die Protokollanten auf eine direkte Zitierung verzichteten, um die Unzufriedenheit der Aktivistin mit dem Camp und ihr Plädoyer für Kataloniens Selbstbestim-

46 In dieser Linie äußern sich auch meine Interviewpartner (Albano Dante, Carles und David Fernández).

mung in einer nur noch abgeschwächten Form zu reproduzieren. Dennoch artikulieren die Adjektive »unzufrieden und empört« die gehörige Wut der Aktivistin gegenüber der neuen Protestbewegung. Für die Rednerin fällt das Barcelona-Camp trotz seiner direktdemokratischen Praxis augenscheinlich hinter dem eigenen Anspruch zurück, über *alle* Themen offen zu debattieren, die das Zusammenleben betreffen. Dass dies in Bezug auf Kataloniens Selbstbestimmungsrecht nicht passiert, ja dass nicht einmal die Forderung danach als legitim anerkannt wird, erzürnt die Aktivistin zutiefst. Nun ist das Verhältnis zwischen den Indignados – und dem Protestzyklus, der von ihnen ausgelöst wird – und Kataloniens Unabhängigkeitsbewegung verschachtelt und, wie sich schon hier erahnen lässt, von Anfang an auch konfliktträchtig.⁴⁷ An dieser Stelle kommt es aber auf die grundsätzliche Geste an, sich gegen die Empörten zu empören, also dieselbe moralisch aufgeladenen Kategorie zu gebrauchen wie der junge Protest selbst, jetzt jedoch gegen diesen gerichtet. Dies wäre einige Tage vorher, in der Hochphase des Camps am 21. und 22. Mai 2011, unaussprechbar gewesen. Damals wäre solch eine starke Kritik untergegangen oder – spätestens in der Protokollierung – deutlich versöhnlicher formuliert worden. Die Kritik der Unabhängigkeitsaktivistin kann, so lässt sich annehmen, nur deshalb so erzürnt geschehen, weil die kritische Selbstbefragung des Empörtencamps bereits voll im Gange ist.

Die zentrale Ursache dafür, dass dieser Strang der Selbstkritik zu diesem Zeitpunkt aufkommt, verortet sich im Räumungsversuch der Polizei am 27. Mai 2011. Er führt den Platzbesetzerinnen ihre Verletzlichkeit, Prekarität und eben bloß temporäre räumliche Aneignung der Plaça Catalunya vor Augen. Die antagonistische Grenzziehung »Wir, das Volkssubjekt, gegen Sie, die Repräsentanten der Ordnung« mag vordergründig das Pathos der Ermächtigung befeuern. Leicht zeitversetzt führt er aber in das Camp eine grundsätzliche *Unsicherheit* ein. Der Feind, »die Eliten«, von dem bisher nur in einem virtuellen Diskurs die Rede war, gewinnt schlagartig an physischer Gestalt, er versinnlicht sich schmerzhaft, er wird körperlich erfahrbar. Die Gewalt, die von der vorherrschenden Hegemonie in Gestalt der Polizei ausgeht, löst in den Folgetagen in dem Protestcamp deutliche Selbstzweifel aus: Sind wir gegenüber den geltenden Verhältnisse tatsächlich so stark, wie wir uns gaben? Wie lange können wir die Plaça Catalunya als unseren Raum halten? Wann werden wir gehen müssen? Wie sollen wir uns jetzt organisieren? Über was sollen wir alles in der Versammlung debattieren? Gehört Kataloniens Selbstbestimmungsrecht dazu? Und dann steht noch die Frage im Raum, die auf dem Barcelona-Camp niemand laut ausspricht, die aber Anfang Juni 2011, als sich die anfangs enthusiastischen Platzbesetzungen erschöpfen, zusehends zur impliziten Drohkulisse aufsteigt: Wird es uns überhaupt noch geben, wenn wir die Plätze verlassen?

Am 5. Juni 2011 entscheidet sich die Versammlung auf der Plaça Catalunya dazu, das Zeltlager zu räumen und sich von nun an dezentral in den Quartieren Barcelonas zu organisieren. Öffentliche Protokolle zu dieser Sitzung oder späteren gibt es nicht mehr.

47 Einige Wochen später fordern die Indignados in Barcelona das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens ein (siehe: Kap. III.2.e). Zum Verhältnis der Proteste zur Unabhängigkeitsbewegung im Jahr 2011: Lo Cascio 2016: 31–34.

Die letzten 150 Campierenden werden in der Nacht zum 30. Juni 2011 von der Polizei geräumt. »Die Plaça Catalunya hat am frühen Morgen das Erscheinungsbild wiedererlangt, das sie vor dem 15. Mai besaß, als das Camp der Indignados begann«, so schreibt das Blatt *El Punt Avui* (2011).

4 Gesamtschau: die Empörung durchleuchten

Nachdem zuerst die politische Diskursanalyse des Empörungsdiskurses dessen zentrale Knotenpunkte und Themenfelder herausarbeitete und dann die Diskursanalyse von unten anhand der Protokolle des Barcelona-Camps ein feinmaschigeres Bild der Proteste zeichnete, gilt es jetzt, in einer Gesamtschau beide analytische Ebenen ineinander zu blenden. So steht zunächst der populare Bruch, den die Indignados anstoßen, im Vordergrund. Die Proteste artikulieren eine protopopulistische Semantik mit linker Polung und provozieren die Geburt eines neues Volkssubjekts (Kap. III.4.a). Die neue Kollektivität artikuliert sich indes nicht nur als Ensemble von Zeichen, sondern ebenfalls durch die konkrete Praxis der Platzbesetzung. Erst durch die Verankerung in Raum und Zeit stabilisiert sich die Protestpraxis und wird die Hypothese des popularen Bruches – ansatzweise – zur sozialen Realität. Hiermit nimmt die Plaça Catalunya als *verdichtender Passagenpunkt* der katalanischen Empörtenproteste Konturen an (Kap. III.4.b).

Aus dem Plädoyer für die sinnliche Verankerung von Artikulationen folgt nicht nur eine erweiterte Diskurskonzeption, sondern auch ein aktualisierter Begriff des Antagonismus. In meiner Analyse äußern sich Feindfiguren nicht mehr als entbettete Signifikanten, sie tun es ebenso ganz materiell – im vorliegenden Fall als Ordnungsgewalt, die sich gegen die Indignados durchzusetzen sucht, indem sie den Platz gewaltsam räumt. Damit eröffnet sich eine Dimension der Hegemonie, die Laclau/Mouffe mit ihrem Fokus auf diskursive Deutungskämpfe weithin ausblenden: die Gewalt (Kap. III.4.c). Die Gesamtschau endet mit der Frage der Demokratie. Sie stellt sich beim Ausbruch der Proteste im Frühjahr 2011 als umkämpfter Schlüssel signifikant heraus. Der Empörungsdiskurs oszilliert zwischen einem direktdemokratischen und einem reformistischen Demokratiebegriff. Indes sollte man nicht bei diesem Spannungsverhältnis stehenbleiben. Die Indignados besitzen ein klares, die Proteste *insgesamt* auszeichnendes Merkmal. Es sind die basisdemokratischen Praktiken in der Versammlung (Kap. III.4.d).

4.1 Der populare Bruch und das neue Volk

Wenn es eine Konfliktlinie gibt, die so gut wie alle Dokumente – ob Manifeste, Forderungskataloge oder Protokolle – durchzieht, so ist es die Unterscheidung zwischen unten und oben, zwischen den mächtigen Eliten und dem entmachteten *pueblo* (Volk). Weder Eliten noch *pueblo* werden meist als solche explizit im Diskurs benannt. In der Regel wird diese Konfliktlinie mit anderen Signifikanten definiert. Mal ist von einem unbestimmten »Wir« die Rede, dem a priori nur generelle, liberal geprägte Merkmale wie die des »harten Arbeitens« gemein sind (Kap. III.2.a), ein andermal werden zwar die ökonomischen und politischen Eliten zum Antagonisten gemacht, jedoch keine »Wir-Identität« benannt, auf die man sich positiv beziehen würde (Kap. III.2.b). Zuweilen insze-